

von Fahmi
Panimbang

In Bewegung!

Geschichten des ArbeiterInnen-Widerstands

Der Autor ist
Arbeitsaktivist
bei Lembaga
Informasi Perbu-
ruhan Sedane/
Sedane Labor
Resource Center
in Indonesien:
www.lips.or.id.

Übersetzung aus
dem Englischen
von Marlene
Weck

Die indonesische ArbeiterInnenklasse gewinnt an Kraft und Zuversicht. Sie erholt sich von der Diktatur und hat ihre Fähigkeit zur Mobilisierung gesteigert. Der Fall der PT Siliwangi Knitting Factory und die Kampagnen gegen die globalen Marken Adidas und Mizuno zeigen sowohl die Erfolge der Bewegungen als auch die Gefahren, die von den globalen Lieferketten ausgehen.

Budi war gerade mal 19 Jahre alt, als er sich aktiv an ausgedehnten Straßenprotesten im Kernland der indonesischen Industrie in Bekasi, West Java beteiligte. Wie viele ArbeiterInnen in den zahlreichen Industriegebieten im Land war er Teil der unorganisierten ArbeiterInnenklasse. Ab 2010 aber begann er, sich als Aktivist zu engagieren. Er beteiligte sich an einer Reihe von Streiks, Fabrikbesetzungen und Mautstraßenblockaden zwischen 2011 und 2013. In den Jahren 2012 und 2013 nahm er auch an den ersten jemals organisierten Generalstreiks seit Beginn der post-autoritären Ära teil, an denen mehr als zwei Millionen bzw. drei Millionen ArbeiterInnen beteiligt waren.

Budi war damals nur ein Vertragsarbeiter, es gelang ihm aber, eine Festanstellung zu bewirken, als er die mutige Entscheidung traf, Mitte 2012 eine Blockade der Fabrik zu organisieren. Während der Besetzung vereinbarten er und Hunderte seiner KollegInnen mit dem Management, dass das Arbeitsverhältnis von ihrem VertragsarbeiterInnenstatus zu einem permanenten Status umgewandelt wurde. Seitdem ist er bei jedem ArbeiterInnenprotest dabei.

Für viele junge ArbeitnehmerInnen von Budis Generation, geht es nicht nur um ihre politischen Bestrebungen, wenn sie mit ihren Motorrädern auf die Straßen gehen, Mautstraßen blockieren, die Fabriken plündern und sogar das gesamte Gewerbegebiet besetzen. Es geht auch um die Möglichkeit, den

Der erste Generalstreik seit dem Ende der Diktatur

Am 3. Oktober 2012 wurde zu einem landesweiten Streik aufgerufen, koordiniert von einem Bündnis von Gewerkschaften, genannt MPBI (Majelis Pekerja dan Buruh Indonesien, Indonesische Arbeitsversammlung). Mehr als zwei Millionen ArbeiterInnen beteiligten sich an dem Generalstreik, und er erstreckte sich über 35 Städte und Bezirke in 20 Provinzen und 80 Gewerbegebieten im ganzen Land. Während dieses Streiks gelang es Zehntausenden von ArbeiterInnen, die älteste, schlechteste und berüchtigtste Export Processing Zone, Nusantara Bonded Zone, in Cakung, im Norden Jakartas, zu besetzen, was zur Folge hatte, dass sieben weitere Gewerbegebiete in Bekasi gelähmt wurden. Tausende von ArbeiterInnen blockiert auch eine Reihe von Mautstraßen für mehrere Stunden. Diese kollektiven Aktion brachten schließlich eine Anhebung des Mindestlohns um 48 Prozent im regionalen Durchschnitt.

Fabrik-Routinen zu entkommen: »Während der Besetzung der Fabrik zeigen wir unsere Solidarität durch unsere Unterstützung und unsere Anwesenheit bei jeder Besetzung. Es war wie auf einer Hochzeitsgesellschaft unserer Nachbarn oder Freunde, wie ein Arbeiterfest oder Festival. Wir spielen Musik und Kartenspiele und stellen Zelte auf, so dass wir über Nacht bleiben können«, erklärt Budi. Es geht ihnen dabei nicht nur darum, dass direkte Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Forderungen zu erfüllen, sondern darüber hinaus auch um ihre Würde und ihr Wohlbefinden. In ihrem täglichen Widerstand und den dazugehörigen Abläufen machten sie wertvolle Erfahrungen, die sie an ihrem Arbeitsplatz nicht sammeln könnten, betonten AktivistInnen, die sich so wie Budi engagieren.

ArbeitgeberInnen ins Gefängnis bringen

Es gibt mehrere Fälle, in denen die ArbeitnehmerInnen in Indonesien erfolgreich dafür gekämpft haben, dass ihre ArbeitgeberInnen aufgrund von Arbeitsrechtsverletzungen ins Gefängnis gehen mussten. Der Fall der PT Siliwangi Knitting Factory Ltd (PT SKF) zeigt aber, dass trotz der verbesserten Ausübung der kollektiven Macht durch ArbeiterInnen und juristischen Siegen eine Reihe von Faktoren verbleiben, die verhindern, dass die ArbeiterInnenschaft tatsächlich davon profitiert.

Massenprotest
von ArbeiterInnen
während des
Generalstreiks am
Hafen Tanjung
Priok in Jakarta
am 31. Oktober
2013.
LIPS (Lembaga
Informasi Perbu-
ruhan Sedane)



Die PT SKF-Fabrik liegt im Norden Jakartas und wird seit 1950 betrieben. Das Unternehmen produziert verschiedene Arten von Socken, darunter für prominente Marken wie Polo und für das landeseigene Militär und die Polizei. Es war bis zu seiner Schließung im Jahr 2011 einer der ältesten Produzenten von Socken. Ein Arbeitsrechtsstreit bei PT SKF begann Ende 2010, als einige seiner MitarbeiterInnen, darunter Kotiah, einer Gewerkschaft beitraten. Eines Morgens im Januar 2011 verwehrt die Geschäftsführung 120 ArbeiterInnen, die Gewerkschaftsmitglieder waren, den Zugang. Als Reaktion auf die Einschüchterung beschlossen um die Hundert, außerhalb der Fabriktoore zu bleiben und zu protestieren. Wahrscheinlich nahm die Geschäftsführung an, dass die ArbeiterInnen es dort nicht länger als eine Woche aushalten würden, aber sie lagen falsch: Protestierende ArbeiterInnen besetzten die gesamte Anlage für mehr als zwei Jahre!

Mithilfe des Verbands konnten die ArbeiterInnen sich auch juristischer Mechanismen für ihren Kampf bedienen: einerseits durch eine Klage vor dem Arbeitsgericht gegen eine widerrechtliche Kündigung und Gewerkschaftsfeindlichkeit, andererseits durch einen strafrechtlichen Prozess vor dem Amtsgericht, da die Geschäftsführung den ArbeiterInnen nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn zahlte und sie nicht bei der Sozialversicherung anmeldete.

Nach zwei Jahren Rechtsstreit wurde das Urteil des Arbeitsgerichts im Jahr 2013 ausgestellt, kurz darauf durch das Amtsgericht. In beiden Fällen gewannen die ArbeiterInnen die Prozesse. Während das Arbeitsgericht PT SKF dazu verpflichtete, eine Abfindung zu zahlen und der Gewerkschaft ermöglichte, Vermögenswerte der Fabrik zu verkaufen, verurteilte das Amtsgericht den Fabrikbesitzer zu einer einhalbjährigen Haftstrafe. Der Besitzer, ein lokaler Geschäftsmann namens Hendry Kumulia (HK), hatte zudem eine Geldstrafe in Höhe von 100 Millionen Indonesischer Rupie (rund USD 7.700) zu zahlen. Doch HK konnte entkommen, sein Aufenthaltsort ist seit dem Urteil unbekannt und es gab keinerlei Anstrengungen der Durchsetzung des Urteils. Während der Kampf der ArbeiterInnen zur Verfolgung von HK weitergeht, verkauften sie das Fabrikvermögen und teilten das Geld unter allen ArbeitnehmerInnen als Abfindung auf.

Dieser Fall macht deutlich, dass, obwohl sich die Möglichkeiten der Rechtsfindung für indonesische ArbeiterInnen vergrößert haben und die zur Verfügung stehenden Mittel auch von den ArbeitnehmerInnen genutzt werden (sowohl formale als auch nonformale Mechanismen), die Rechtsstaatlichkeit ein Dilemma bleibt. Die langwierigen Kämpfe der ArbeiterInnen und ihr Erfolg im Rechtsstreit, wie im Fall von PT SKF beschrieben, sind nicht unbedingt ein wirklicher Sieg, wenn wie bei HK, der Arbeitgeber, unangetastet bleibt. Daher ist es keine einheitli-



Feiern zum Internationalen Frauentag vor dem Staatspalast in Jakarta am 8. März 2014. Foto: LIPS (Lembaga Informasi Perburuhan Sedane)

che Entwicklung und kein einfacher Vorgang, einen Arbeitgeber ins Gefängnis zu bringen. Vielmehr hängt der Erfolg von vielen verschiedenen Faktoren ab, einschließlich des Justizsystems, das eine Menge Reformen benötigt, sowie von politischen Möglichkeiten und Machtkämpfen.

Gegen Adidas

In einer anderen Industriestadt in Tangerang in der Provinz Banten haben die Arbeiterin Kokom und mehrere Hundert ihrer KollegInnen eine Kampagne gegen Adidas und Mizuno veranstaltet, zwei globale Markenproduzenten, die für die Entlassung von 1.200 ArbeiterInnen, die für bessere Arbeitsbedingungen protestierten, im Jahr 2012 verantwortlich sind.

Adidas und Mizuno umgehen es stets, soziale Verantwortung zu übernehmen, in dem sie behaupten, dass die ArbeiterInnen nicht für sie arbeiteten, sondern für die jeweiligen Zulieferungsunternehmen. Trotz der Anerkennung durch die Nationale Kommission für Menschenrechte, dem Ombudsmann, der International Labour Organisation (ILO), und vielen andere Institutionen, die die ArbeiterInnen unterstützen, weisen Adidas und Mizuno immer wieder die Forderungen der ArbeiterInnen ab, sie wieder einzustellen oder die gesetzlichen Abfindungen zu bezahlen.

Mehrere ArbeiterInnen sind aufgrund von Verarmung während dieses Kampfes verstorben. Obwohl die Zahl der ArbeiterInnen, die den Kampf fortsetzen, aufgrund zahlreicher Drohungen und Entschädigung zurückgegangen ist, streiken um die dreihundert Frauen beharrlich jede Woche. Die Regierung, Adidas und Mizuno zeigen jedoch keine Bereitschaft, mit den ArbeiterInnen zu sprechen. Die Realität der Ausbeutung durch die globalen Lieferketten wurde vielen ArbeiterInnen wie Budi, Kotiah und Kokom mehr und mehr bewusst. Sie begannen daher, sich entlang der Lieferkette zu organisieren.

Das Problem der globalen Lieferketten

Die Geschichten zeigen, dass die gegenwärtige globale politische Ökonomie sich in einem bemerkenswerten Moment befindet. Zwei Wesenszüge davon sind besonders besorgniserregend: Erstens erle-

ben wir den Wettbewerb zwischen der gegenwärtig dominierenden Macht von Unternehmen und Finanzinstitutionen in der lokalen und globalen Politik auf der einen Seite und eine Vielzahl von gegenhegemonialen Sozial- und ArbeiterInnenbewegungen auf der anderen Seite, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen. Zweitens sehen wir die drohende Gefahr für die Zivilisation durch die ständig wachsende Kapitalakkumulation und der daraus entstehenden Gefahr einer Umweltkatastrophe auf globaler Ebene.

In dieser Hinsicht ist die globale Lieferkette der Knackpunkt des bestehenden Systems, durch das die Unternehmen und Finanzinstitutionen ihre wirtschaftliche Macht ausüben. Wie wir alle wissen übersetzt das System wirtschaftliche Macht in politische Macht, umgeht damit die lokale Justiz und schwächt den Handlungsspielraum souveräner Behörden. Die langen Lieferketten werden zunehmend beliebter für immer mehr Branchen und stellen damit ganz spezifische Herausforderungen für die ArbeiterInnenbewegungen dar.

Deutsche Marken wie Adidas produzieren in Ländern wie Indonesien für den Weltmarkt, oft ohne ihre eigenen Fabriken zu besitzen, was als »Produktion ohne Werk« bezeichnet wird, ein Mittel zur Ausbeutung. Daher kann die globale Lieferkette als System nicht reformiert werden, nichts daran ist mehr zu reparieren, es sei denn, wir verändern das ganze Wirtschaftssystem durch eine Alternative zum Kapitalismus. Derzeit sehen sich Unternehmen in der Lage, ihre zukünftigen Gewinne zu garantieren, indem sie Klagen gegen einen Staat einreichen können, der die vorher getroffene Vereinbarung zu ändern versucht.

Einige Lektionen

Seit 1998 hat eine Welle von Streiks viele indonesische Städte erfasst – kleinere und größere – mit der Beteiligung von mehreren Millionen von ArbeiterInnen. In einer Phase der Erholung von der Diktatur seit 1998 und trotz starker Fragmentierung hat die ArbeiterInnenbewegung aktiv die politische Dynamik mitgestaltet. Zwischen 1998 und 2013 haben sich die Fähigkeiten der Gewerkschaften zu Protest und Mobilisierung – besonders während der Generalstreiks in 2012 und 2013 – lebhaft gezeigt. Dabei gab es einige bemerkenswerte Erfolge. Zwischen 2011 und 2013 gab es mindestens drei große Kampagnen, deren Forderungen zu gesetzlichen Bestimmungen wurden. Dazu gehören die Forderungen der Berücksichtigung von mehr Lohnbestandteilen, die sich im Jahr 2012 im Minister-Dekret über Arbeitskräfte mit einer Liste von 60 Lohnkomponenten niederschlägt und die eine positive Auswirkung auf den Mindestlohn hatten. Zweitens wurden striktere Vorgaben in Bezug auf irreguläre oder Zeitarbeit von der Justiz gemacht. Eine Gruppe von ArbeiterInnen

reichten eine Verfassungsprüfung beim Verfassungsgericht ein, die den Umfang sowie die Einstellungsbedingungen von Zeitarbeitsverträgen infrage stellte. Als die Verfassungsprüfung 2012 endlich angenommen wurde, empfahl das Gericht der Regierung, striktere Regulierungen für ArbeitgeberInnen in Bezug auf die Beschäftigung von ArbeitnehmerInnen in Zeitarbeitsverträgen zu erteilen. Dadurch war die Regierung gezwungen, das Minister-Dekret über Arbeitskräfte Nr. 19/2012 zu erlassen. Drittens wurde eine gesetzliche Regelung der sozialen Sicherung politisch umgesetzt. Trotz vieler Kontroversen und Debatten innerhalb der ArbeiterInnenbewegung und in ihrem Umfeld – denn das Versicherungssystem basiert auf Einzahlungen und nicht auf einem frei zugänglichen Gesundheitswesen (es funktioniert wie eine private Versicherung) – wurde diese Regelung erfolgreich in Kraft gesetzt, um alle BürgerInnen mit einer Krankenversicherung auszustatten, was vorher nur auf Festangestellte, BeamtenInnen und Angehörige des Militärs beschränkt war.

Die indonesische ArbeiterInnenklasse hat Siege errungen, sich von der Diktatur erholt. Die ArbeiterInnen haben gezeigt, dass sie eine entscheidende Rolle dabei spielen, politische Veränderungen zu erzwingen und dass sie ihre Macht in breiteren politischen Kämpfen ausüben können. ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften haben unterschiedliche Strategien des juristischen und nicht-juristischen Kampfes kombiniert, einschließlich direkter Aktionen, um ihre Ziele zu erreichen. Sie konnten mehrere ArbeitgeberInnen ins Gefängnis bringen für Vergehen, wie Gewerkschaftsfeindlichkeit, Ausnutzung bestehender rechtlicher Mechanismen anstelle von Corporate Social Responsibility bzgl. Versammlungsfreiheit, wie sie durch die internationalen Marken und Unternehmen, z. B. Adidas, gefördert wird.

Kollektive Erfahrungen von Streik und Widerstand haben sie gelehrt, dass Graswurzel-Organisationen für den Erfolg im politischen Kampf notwendig sind. Obwohl sie immer noch begrenzt sind, wären diese Erfolge nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung durch ArbeiterInnen und Allianzen an der Basis. Die politische Agenda für die indonesische ArbeiterInnenbewegung heute ist es, all diese Erfahrungen zu dokumentieren und daraus effektive Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Aber die drängendste Aufgabe besteht nun darin, darüber nachzudenken, wie man auf die unvermeidlichen Gegenangriffe von Staat und Kapital reagieren soll. ■

Literatur

- › Panimbang, Fahmi, and Mufakhir, Abu, »Labour Strikes in Post-Authoritarian Indonesia, 1998–2013« in Jörg Nowak et.al, *Strikes and Workers Movements in the 21st Century* (Rowman Littlefield, forthcoming).